

# Lichtenstein-Culmburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Johndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Neudorf, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Ruchsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 43.

Hauptausfertigungsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang.

Freitag, den 21. Februar

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 RM. durch die Post bezogen 3 RM. 42 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Ebert-Strasse 5b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Kundenträger entgegen. — Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 20, für auswärtige Besteller mit 30 Pf. berechnet. — Retrospektive 60 Pf. — Am amtlichen Teile folgt die zweispaltige Beile 75 Pf., für Kundenträger 90 Pf. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

## Lichtenstein.

**Butt in Selee**, L. M. K. B. Abschn. 6, 1/4 Pfd. 50 Pfg., Nr. 929—965 bei Reinhold, Nr. 966—994 bei Weiß, Nr. 995—1028 bei Löschner, Nr. 1029—1059 bei Frankenberger, Nr. 1060—1081 bei Madlo, Nr. 1082—1108 bei Mirus.

**Geräuchertes Fischfleisch**, L. M. K. B. Abschn. 6, 1/4 Pfd. 90 Pfg., Nr. 1109—1433 bei Lindig, Nr. 1434—1776 bei Rüdiger.

**Verkaufsstelle Bürgererschule**, Freitag von 3—5 Uhr, Eier, 1 St. 55 Pf., Nr. 1243—2052.

### Ablieferung der Marken B u. C der Landeskartoffelkarte.

Alle Inhaber von noch nicht belieferten Marken B und C der Landeskartoffelkarte werden hierdurch aufgefordert, diese Marken bis spätestens **nächsten Sonnabend mittags 1 Uhr im Laufe der Geschäftszeit** in unserem Lebensmittelamt abzuliefern und gegen Wochenkarten umzutauschen. **Wer die betr. Markenabschnitte nicht fristgemäß abgeliefert hat, gilt als auf Landeskartoffelkarte voll beliefert und wird bei Kartoffelzuweisung von Seiten der Stadtverwaltung keinesfalls später berücksichtigt.** Wir raten daher den Betreffenden dringend, der Umtauschpflicht gewissenhaft nachzukommen.

Stadtrat Lichtenstein, am 20. Februar 1919.

**Diphtherie-Serum** mit der Kontrollnummer 2086 (Zweitausendsechshundertachtzig) aus den Farbwerken in Höchst a. M. ist wegen bakterieller Verunreinigung zur **Einziehung bestimmt** worden.

Dresden, den 18. Februar 1919.

Ministerium des Innern.

Zur Ausführung der Reichsverordnung über **Waffenbesitz** vom 13. Januar 1919 (R.-G.-Bl. Seite 31) wird folgendes bestimmt:

1. Alle in § 1 der Verordnung aufgeführten Schusswaffen (Gewehre, Karabiner, — Flammenwerfer) sowie Munition aller Art zu Schusswaffen sind innerhalb 14 Tagen nach Erlass dieser Ausführungsbestimmungen abzuliefern.

Personen, die nach Ablauf dieser Frist in das sächsische Staatsgebiet zurückkehren, haben der Ablieferungspflicht unverzüglich nachzukommen.

2. Die Ablieferung hat in Dresden an die Polizeidirektion und deren Wachen, in den anderen Städten mit revidierter Städteordnung an die Stadträte (Polizeiamter) und deren Polizeiwachen, in den übrigen Orten an die Gemeindebehörden zu erfolgen. Die letzteren haben die abgelieferten Stücke in Sammelfassungen an die Amtshauptmannschaften weiterzugeben. Von den Behörden, an die die Ablieferung erfolgt, sind mit fortlaufender Nummer versehen Empfangsbestimmungen auszustellen, über die ein Verzeichnis zu führen ist, in das zu jeder Nummer Name und Wohnung des Ablieferenden eingetragen werden muß. Die abgelieferten Stücke, an denen die entsprechende Nummer in dauerhafter Weise (womöglich mit Draht befestigt) anzubringen ist, sind in einem gegen Einbruch und Diebstahl hinreichend geschützten Amtsräume aufzubewahren, bis von der Landeszentralbehörde weitere Verfügung getroffen wird. Im Falle von Unruhen sind die

Aufbewahrungsräume mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen Plünderung zu schützen. Eine Entschädigung für die in behördliche Verwahrung genommenen Gegenstände wird nicht gewährt.

3. Von der Ablieferungsfrist sind befreit: hinsichtlich der Dienstwaffen oder Jagdgewehre nebst der dazu gehörigen Munition

a) diejenigen Personen, die zur Führung von Waffen kraft ihres Amtes oder Dienstes berechtigt sind (Polizeibeamte, Forstschußbeamte, Militärpersonen),  
b) die Inhaber von noch nicht abgelassenen deutschen Fahres-Jagd-Karten,

c) die nach §§ 3 und 4 des Jagdgesetzes zur selbständigen Ausübung der Jagd berechtigten Personen

hinsichtlich der Waffen und Munition, zu deren Besitz ihnen besondere Genehmigung erteilt ist,

d) die Inhaber von Waffenscheinen der Kreishauptmannschaften,

e) bis auf weiteres Schützengesellschaften und Militär-Vereine, die die Genehmigung zum Besitz von Waffen haben. Die Vorsteher dieser Vereine haben für unbedingt sichere Aufbewahrung zu sorgen. Auch haben sie der unter Ziffer 2 bestimmten Ablieferungsbehörde binnen 14 Tagen Verzeichnisse derjenigen ihrer Mitglieder einzureichen, die Waffen besitzen, hierbei auch Zahl und Gattung dieser Waffen genau anzugeben.

Endlich kann in besonderen Fällen vertrauenswürdigen Personen von den Polizeibehörden (in Dresden von der Polizeidirektion, in den anderen Städten mit revidierter Städteordnung von den Stadträten — Polizeiamtern —, in den übrigen Orten von den Amtshauptmannschaften) ein Erlaubnischein zum **Besitz** (nicht Tragen) von Waffen erteilt werden. Insbesondere können für Schusswaffen, die familiengeheimlich, künstlerischen oder historischen Wert haben, solche Erlaubnischeine ausgestellt werden.

4. Die Ueberlassung von Schusswaffen und Munition an Personen, die nicht unter Ziffer 3 a—e fallen, ist bis auf weiteres nicht nur den Waffenhändlern und Erdböllern, sondern auch allen anderen Personen verboten. Die Berechtigung zum Besitze von Schusswaffen und Munition gemäß Ziffer 3 a—c ist vor der Ueberlassung durch Kauf, Tausch oder Schenkung sorgfältig zu prüfen, nötigenfalls durch Anfrage bei der Ortspolizeibehörde.

5. Die Hauseigentümer oder deren gesetzliche Vertreter sind verpflichtet, von dem Vorhandensein nicht angemeldeter Waffen in ihren Grundstücken der Ortsbehörde Mitteilung zu machen.

6. Die Polizeibehörden sind zu Hausdurchsuchungen berechtigt und verpflichtet, wenn der Verdacht besteht, daß Waffen verheimlicht werden. Die militärischen Sicherheitsorgane sind hierbei zur Unterstützung der Polizei verpflichtet.

7. Auf die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen, die das Waffentragen und Schießen unter Strafe stellen, wird ausdrücklich hingewiesen.

8. Zuwiderhandlungen gegen Ziffer 4 und 5 dieser Verordnung werden, sofern nicht eine höhere Strafe vermerkt ist, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft bestraft.

Dresden, den 14. Februar 1919.

Ministerium des Innern.

Ministerium für Militärwesen.

Justizministerium.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Wie der „Temps“ meldet, findet die kritische Lage im Ruhr-Kohlengebiet die erste Beachtung des alliierten Kriegsrates. Sollten durch die spartakistischen Umtriebe die linksrheinischen Industriewerke ohne Kohlen bleiben, so würden die Alliierten den Waffenstillstand mit dreitägiger Frist kündigen. Und das Kohlengebiet besetzen. Die deutsche Regierung hat also die heilige Pflicht, ihrerseits mit allen Mitteln der Spartakuswirtschaft ein Ende zu machen. Die Bergarbeiterverbände erklären sich gegen den Spartakus-Terror, ebenso gegen den Generallstreik.

\* In Weiskirchen wollen die Mehrheitssozialisten keine Steuern zahlen, bevor nicht der unabhängige M- und S-Rat zurücktritt, die Spartakisten wurden größtenteils entwaffnet. In Elberfeld fanden zwischen Regierungstruppen und Spartakisten schwere Kämpfe statt.

\* Die Nationalversammlung setzte gestern die allgemeine Aussprache fort, sie zeitigte keine besonderen Ergebnisse.

\* Die Polen lehnen sich nicht an den Waffenstillstand: sie setzen ihre Angriffe fort.

\* Im Sitzungssaale der Braunschweiger Landesversammlung richteten Arbeitslose Beschädigungen an,

vollführten große Tumulte und vergingen sich tätlich gegen verschiedene Abgeordnete.

\* Wie der Vertreter der Telegraphen-Union in Stockholm erzählt, wird General Ludendorff in dieser Woche nach Deutschland zurückkehren, um eine von ihm verfaßte, streng sachlich gehaltene „Geschichte des Weltkrieges“ herauszugeben. Das Werk umfaßt 600 Seiten.

\* Die von einigen Blättern verbreitete Nachricht von dem beabsichtigten Rücktritt des Kapitän Vassilow von der Waffenstillstandskommission ist, wie wir hören, falsch. Vorläufig kann man nicht einmal von einer Rücktrittsabsicht sprechen.

\* „Newyork-Herald“ meldet, daß in Loboson die ersten deutschen Lebensmitteldampfer eingelaufen sind. Ihre Ladung soll innerhalb 10 Tage erfolgen. Die deutsche Schiffsbesatzung darf das Hafengebiet nicht verlassen.

\* Die Münchener Regimenter haben eine Erklärung für die Einberufung des bayerischen Landtags und für eine aus den Mehrheitsparteien gebildete Regierung beschlossen. Ministerpräsident Eisner ist aufgefordert worden, zurückzutreten. Auch die „Münch. Post“ fordert den Rücktritt Eisners als politische Notwendigkeit. Eine Entscheidung muß bald fallen.

\* Der „Temps“ meldet: Im Kammerauschuß für

auswärtige Angelegenheiten erklärte Clemenceau, daß am 15. März die Präliminarrüchensverhandlungen beginnen.

\* Von sozialdemokratischer Seite treten als Unterstaatssekretäre in die Regierung ein: Dr. Quast ins Reichsamt des Innern und Taubadel ins Reichspostamt.

\* In der Berliner Industrie müssen wegen Kohlemangels umfangreiche Entlassungen von Arbeitern stattfinden.

\* Die „Times“ meldet aus China, daß der gesamte deutsche Besitz dort beschlagnahmt worden ist.

\* In Fürth hat Spartakus die öffentliche Gewalt an sich gerissen, in Erlangen und Bamberg gelang es ihm nicht. Gotha ist von Regierungstruppen besetzt, weil das dortige Regiment nicht in seine Verfassung nach Nürnberg willigte. Es kam zu blutigen Kämpfen, die Arbeit ruht zum Teil, der Zugverkehr ist eingestellt.

\* Auf dem Bahnhof Tübingen wurden infolge Zusammenstoßes 7 mit Soldaten besetzte Eisenbahnwagen zertrümmert; man zählte 150 Tote und Verletzte.

\* Von den 255 Mandaten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung konnten bisher 162 besetzt werden; dabei erlangten die Sozialdemokraten 70, die Christlich-Sozialen 67, die Deutsch-Vorwärtlichen

23 Eige. Außerdem wurde 1 Jüdisch-Nationaler und 1 Tschecho-Slowake gewählt.

Der Staatenanschuß beschloß, daß die schwarz-rot-goldenen Farben im Deutschen Reich als Nationalfarben eingeführt werden sollen.

Graf Brockdorff-Rantzau ist in Weimar angekommen. Seine Ankunft hängt nicht mit der vorläufig erledigten Rantzau-Krise zusammen. Graf Brockdorff-Rantzau ist vielmehr als Berater der Reichsleitung in Fragen des Waffenstillstandes und des Präliminarfriedens, besonders soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, nach Weimar gerufen worden.

Nach dem der Nationalversammlung zugewandten Gesekentwurf über die Gewährung von Diäten an die Mitglieder der Nationalversammlung ist für die Abgeordneten außer freier Eisenbahnfahrt während der Tagungsdauer eine Aufwandsentschädigung von 1000 Mark monatlich vorgesehen.

## Der Fall Liebknecht und die Spartakusprozesse.

Weimar, 19. Februar.

Von den Unabhängigen ist der Vorwurf erhoben worden, daß die Untersuchung des Falles Liebknecht verzögert werde. Dazu ist zu bemerken, daß die preussische Justizverwaltung aus eigener Initiative Vertrauensleute der öffentlichen Meinung und Vertreter der Familien Liebknecht und Luxemburg bei der Untersuchung herangezogen hat. Dadurch und durch die Versendung der Akten nach Weimar zur Regierung entstanden diese Verzögerungen. Zur Sache selbst ist zu berichten, daß die Staatsanwaltschaft sich mit dem Falle Luxemburg beschäftigt, weil angeblich das Publikum sie getötet haben soll. Es hat sich nach vielen Mühen herausgestellt, daß der Täter der Jäger Kunge gewesen ist. Er war sehr schwer zu ermitteln, weil die Soldaten, die Rosa Luxemburg transportierten, in der allgemeinen Verwirrung nicht mit Namen bekannt waren. Es war kein Wachtbruch vorhanden und überhaupt herrschte im Wachtlokal das größte Durcheinander. Der Jäger Kunge ist inzwischen desertiert und unauffindbar. Es muß unter allen Umständen abgelehnt werden, ein Sondergericht für diesen Fall einzusetzen, und auch in das schwebende Verfahren darf nicht eingegriffen werden. Gegen den Offizier, der den Transport befehligte, ist ein Verfahren wegen ungenügender Bewachung seiner Arrestanten eingeleitet worden. Auch gegen die Offiziere, die bei der Tötung Liebknechts zugegen waren, ist ein Verfahren wegen Mißbrauchs der Waffe, und zwar auf Grund ihrer eigenen Berichte eingeleitet worden.

Ueber die Spartakusprozesse ist zu melden, daß sie nicht eher beginnen konnten, ehe die Gerichtskände nicht gegen Handstreiche völlig gesichert waren. Es hat sich herausgestellt, daß nur in 10 bis 15 Prozessen die gefangenen Spartakuskämpfer wirklich in Arbeit setzende Arbeiter aus großen Werken waren. Die allermeisten anderen waren junge Leute, die gar keine politische Meinung hatten und die von den Spartakusführern gegen das Versprechen von 20 Mark Tagelohn angesetzt worden waren, und häufig nur durch Täuschung zum Kampfe, den sie gar nicht wollten, veranlaßt wurden. Schließ-

## Wenn zwei sich lieben.

Roman von Hedwig Courths-Mahler, Amerikanisches Copyright by Ullstein & Co.

Ein brennendes Weh war in seinem Herzen. Nach einer Weile riß ihn ein überraschter Ausruf der Komtesse aus seiner Verfunkenheit. Sie hielt eine Aufnahme in der Hand, die Fürst Egon auf der breiten Freitreppe zeigte, die den Eingang zu Al Sahat bildete. Rank und schlank stand der Fürst in einem eleganten Trovanzug und sah mit großen, lachenden Augen voll Uebermut in den Apparat hinein. So daß der Beschauer des Bildes den Eindruck hatte, als läge er ihm in die Augen.

Auch Komtesse Nora war zumute, als blickten diese lebhaften, lebensvollen Männeraugen tief in die ihren. Ihr war, als müßten sie ihr bis ins Herz dringen. Wie gebannt sah sie in das schöne Männergesicht, und ihr Herz tat laute, harte Schläge.

„Wer ist das?“ fragte sie leise und die Worte rangen sich schwer von den Lippen.

„Es ist Fürst Egon?“ fragte sie fast tonlos.

Komtesse Nora hatte ein Empfinden, als sent sich plötzlich der Schatten eines schweren Schicksals über ihre junge Seele.

„Na, Nora“, erwiderte Graf Günter unbefangen. „Es ist ein außerordentlich gutes und getreues Bild von ihm. Diese Stellung und der lachende, übermütige Ausdruck sind charakteristisch für seine frech-lende, sieghafte Erscheinung.“

Komtesse Nora vermochte ihren Blick nur schwer abzulenken. Warum? Blätterte sie weiter, aber sie legte das Bild des Fürsten etwas aus der Reihe der anderen heraus, damit sie es sich nachher noch einmal betrachten könne. Es folgte noch verschiedene

And sie hat es also doch durchgesehen, ihre Schwingen regen zu dürfen. Wie lange habe ich sie denn nicht gesehen? Um zwei Jahre kann es schon her sein. Seit ich ihren Vater zuletzt besuchte. Und nun ist sie also bei der Fürstin! Ausgerechnet bei dieser launischen, sonderlichen Frau. Auf Rosen wird sie da auch nicht gerade gebettet sein — hm?“

## Die Familie des Reichspräsidenten Ebert

ist vor etwa vierzehn Tagen aus ihrer Wohnung in Dreptow in das Reichsamt des Zimmers übergesiedelt. Sie hat dort die große Dienstwohnung bezogen, die früher hintereinander v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Helfferich, zuletzt der Vizekanzler v. Payer inne hatten. Die Familie des Reichspräsidenten besteht aus seiner Ehefrau Luise geb. Rump, die aus einer Bremer Arbeiterfamilie stammt und heute 45 Jahre alt ist, und drei Kindern, dem 24jährigen Sohn Fritz, gelehrter Buchdrucker, dem Sohne Karl, der, eben 20 Jahre alt vor kurzem noch Soldat war, und der 18jährigen Tochter Annelie. Herr Ebert hat im Kriege zwei Söhne verloren. Der ältere, Georg, ist am Chemin des Dames im Mai 1917, Heinrich in Mazedonien einige Monate früher gefallen. Der Präsident lebt in äußerster glücklicher Ehe. Wenig bekannt dürfte sein, daß Herr Ebert nach seiner 1894 erfolgten Heirat in Bremen sechs Jahre lang eine flott gehende Gastwirtschaft leitete. Frau Ebert ist eine mittelgroße, schlanke Frau, die sich auffällig jugendlich erhalten hat. Da sie ganz kleinen Verhältnissen entstammt (sie versorgt noch heute ihren Haushalt ohne jede Hilfe), dürfte sie sich nicht leicht in die „Standesgemäßen“ großen Verhältnisse hineinfinden, die die jetzige hohe Stellung ihres Gatten mit ihren umfangreichen Repräsentationspflichten erheischt.

## Die neuen Forderungen der Entente.

London, 19. Februar. Reuters Sonderkorrespondent meldet aus Paris, der Hauptvorschlag, welcher der in Fochs Hauptquartier tagenden Waffenstillstandskommission vorgelegt wurde, habe die Herabsetzung der militärischen Stärke Deutschlands auf den Friedensstand, der ihm belassen werde, zum Ziele. Man versuche, für die militärische Stärke ganz Europas eine dauernde Norm festzusetzen, auf die die alliierten Mächte nach Unterzeichnung des Friedens ihre militärische Stärke allmählich herabsetzen würden. Augenblicklich aber müsse man die Zahl der Truppen festsetzen, die Deutschland behalten dürfe und auf die es seinen Bestand sofort herabsetzen müsse. Zugleich mit der Herabsetzung des Mannschafstandes und des Kriegsmaterials müsse auch eine entsprechende Verminderung in der Leistungsfähigkeit Deutschlands, Geschütze und Munition zu erzeugen, stattfinden. Dies muß die Zerstörung oder die Umwandlung eines gewissen Teiles seiner Rüstungswerke zur Folge haben. Die Alliierten hätten außerdem die Absicht, auf der Entmilitarisierung gewisser deutscher Provinzen zu bestehen. Dies bedeute, daß es Deutschland verboten werde, in diesen Gebieten Truppen zu haben. Auf diese Weise könnten den französischen Forderungen bezüglich des linken Rheingebietes und der Sicherheit der Ostgrenzen Frankreichs entsprochen werden. Haig ist in der vergangenen Nacht in Paris eingetroffen.

Aufnahmen, auf denen der Fürst zu sehen war, und all diese Bilder betrachtete die Komtesse mit ungetrübtem Interesse. Auf einer dieser Aufnahmen waren auch die Fürstin und Lottemarie deutlich zu erkennen. Freilich gab sie keine sehr getreue Wiedergabe von der Schönheit der jungen Dame. Die Augen der Komtesse freilich gleichgültig darüber hin, sie fragte nur ganz nebenbei, wer die junge Dame sei.

„Es ist die Gesellschaftlerin der Fürstin“, antwortete Graf Günter und meinte, seine Braut müsse sein Herz klopfen aus diesen Worten hören.

Aber die Komtesse war viel zu viel mit den Bildern beschäftigt, die den Fürsten zeigten. Von dieser Stunde an war etwas in dem Herzen der jungen Dame erwacht, das sie der Ankunft des Fürsten Egon mit brennendem Interesse entgegenblicken ließ. Immer wieder zog sie verstoßen das Bild vor ihre Augen, das Fürst Egon auf der Freitreppe zeigte.

Inzwischen waren die alten Herrschaften herüber gekommen, um sich die Aufnahmen zu betrachten. Bei dieser Gelegenheit nahm Graf Rantzau auch das Bildchen in die Hand, auf dem Lottemarie deutlich zu erkennen war.

„Alle Wetter! Dieses schöne, junge Mädchenarsch! Kenne ich doch! Sag mal, mein Junge — ist das nicht Lottemarie von Dornack, die Tochter meines lieben, alten Freundes?“

„Ja, Vater, sie ist es.“

„Aber wie kommt sie denn nach Helouan und in die Gesellschaft der Fürstin Rantzau?“

„Franklein von Dornack ist die Gesellschaftlerin der Fürstin.“

„Ah — davon habe ich gar nichts gewußt. Ich dachte, sie lebt noch immer bei ihrem Vater. Wie lang ist sie denn schon in dieser Stellung?“

„Sie ist weiß, länger als ein Jahr.“

„Hm! Na ja — sie hatte ja schon immer Lust, sich auf eigene Füße zu stellen. Ein liebes, tapieres Mädchen — ich habe sie sehr gern, die kleine Lottemarie.“

Es wird erwartet, daß die Vorschläge der Mitglieder der Waffenstillstandskommission zu Beginn der nächsten Woche für die Ueberreichung an die Deutschen bereit sein werden.

Es klingt schon glaublich, daß das Werk des Herrn Erzberger dadurch „gekrönt“ werden soll, daß man Deutschland, das trotz seiner Niederlage eine Großmacht bleibt, ein „Heer“ von Sage und Schreibe einer einzigen Division gestattet.

## Ein Attentat auf Clemenceau.

Paris, 19. Februar. Als Clemenceau heute morgen sein Haus verließ, um in sein Auto zu steigen, feuerte plötzlich eine unbekannte Person mehrere Revolvergeschosse auf ihn ab. Clemenceau wurde an der Schulter und im Rücken verwundet; er konnte zu Fuß nach Hause zurückkehren, sein Zustand ist keineswegs besorgniserregend. Der Attentäter wurde verhaftet; er nennt sich Veitin.

Man soll niemand etwas Böses gönnen, aber auf allzuviel Anteilnahme in Deutschland darf Clemenceau nicht rechnen; denn er ist der Träger der Nebenschleier und ist vor allem mitschuldig an den schweren Waffenstillstandsbedingungen, die uns auferlegt worden und an der Verzögerung des Friedensauschlusses. Ueber die Gründe des Attentats liegen noch keine Mitteilungen vor. Auf jeden Fall dürfen wir in ihm ein Zeichen der Gärung erblicken, von der auch Frankreich geschüttelt wird, ein Zeichen, das die Deutung zuläßt, daß der Sieg Frankreichs im Volke eben keine ungeteilte Freude hervorgerufen hat und daß dem Menschen der ersten Tage grüne Ernüchterung gesalgt. Das Attentat auf Clemenceau kann der Auftakt zu unheilvollen Ereignissen sein, die sich in Frankreich abspielen.

## Aus dem sächsischen Wirtschaftsministerium.

Die Tätigkeit des Wirtschaftsministeriums ist ebenso wie die der übrigen Ministerien, zur Zeit aufs äußerste angespannt. Da wir kurz vor dem Zusammentritt der sächsischen Volkskammer stehen, ist es ganz selbstverständlich, daß neue einschneidende Dinge ohne deren Zustimmung nicht in Angriff genommen werden können. Weiterhin wird das Ministerium in seiner Bewegungsfreiheit durch die Lage im Reich gehemmt, vor allen Dingen insofern, als man noch nicht genau weiß, welche Aufgaben für die Zukunft den einzelnen Bundesstaaten verbleiben. Große Gebiete, deren Gesetzgebung und Verwaltung bisher den Bundesstaaten oblag, gehen auf das Reich über, und infolgedessen ist es, solange im Reich die Dinge sich nicht etwas klarer herauskristallisiert haben, sehr schwierig für die Bundesstaaten, etwas Entscheidendes zu unternehmen. Dazu kommt die fortgeschrittene Störung des Wirtschaftslebens im Lande selbst und namentlich die Schwierigkeit in der Kohlenversorgung die ungeheure Arbeit verursacht. Der Arbeitsminister Schwarz war in der vergangenen Woche bereits im Bornaer Kohlenrevier. Der Besuch der übrigen sächsischen Kohlenreviere sollte folgen, mußte jedoch vorläufig unterbleiben und die Beratungen hierüber abgebrochen werden, weil Minister Schwarz für längere Zeit nach Weimar reisen mußte. Ein Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Beratungen

Kann zunächst mer ein Teil gewesen ist. Da den, daß die Beschluß gefaßt auf der Grund die Sozialistischen Regieren zu wählenden missionen fortzusetzen, wo de sich natürlich gierung über Gesetzen nicht geradem zur fische Regierung Stellen im B und in den n teiligten und k ung statt. Es sieht noch nicht sich des Gesamt schäftigen. Die Hauptfrage vor wie fast aus der den einz Handlungen des Wirtschaft ihm. Andere treten sein, d und 2. Rat v

Es wurde d und erzielt: di beiter am 13. die Betriebsbera hen, sollen nic Stelle finden Arbeiter und gemäß der W alle, die das berechtigt sind, schäftigen des W wählen können Anstelltenaus leg. Betriebsber von der Reichs Verwaltung ist Danach darf n Gebiet nicht w

Bertin. Streikblüte in Hiesigkeit ist, obwohl die beiden Kriegsgelben: Gehälter Industrie üblich dadurch erheb häuslichen Die Angestellte Wirtschaftsumwand die Auflösung Auf Symbolis diese Streikbew fäh dabei durch gährige Konju tem Umfang e — Volenskur 700 polnisch p im Kreise Col Gierakowski und Potensack Menschlich an I lungen einstim men: „Wir wo ch; gebrauchen; bisher bei unse erheben feierlid rufischer Seite klesien oder T wischen Reich gleichen Inhalts in Maline (Rei von 500 polnisch geüßt Darin daß sie allein i Gemähr für di bilden. — (Trot Dr werke zu saboti klossen, im R hat deshalb ein wir; weitere z zständiger Ste aus günstig. D keine Vorteile er rückdrängt w von den Getwe die Arbeiter u beweist unter a Belegschaftsver ber „Pol.-Ans.“

kann zunächst noch nicht festgestellt werden, weil immer ein Teil der maßgebenden Herren verhindert gewesen ist. Das alles ist aber dadurch überholt worden, daß die Bergarbeiter des Bornaer Reviers den Beschluß gefaßt haben, Kommissionen einzusetzen, die auf der Grundlage der Einführung der Betriebsräte die Sozialisierung vorbereiten sollen und der sächsischen Regierung ein Ultimatum gestellt haben, die zu wählenden Betriebsräte und die eingesetzten Kommissionen sowie die ihnen erteilten Vollmachten anzuerkennen, widrigenfalls gestreikt würde. Das würde sich natürlich mit dem Plane der sächsischen Regierung über die Verstaatlichung der Bergwerke in Sachsen nicht vereinigen lassen, sondern diesen Plan geradezu zur Unmöglichkeit werden lassen. Die sächsische Regierung hat sich nun mit den verschiedenen Stellen im Bornaer Revier in Verbindung gesetzt, und in den nächsten Tagen findet zwischen den Beteiligten und der sächsischen Regierung eine Besprechung statt. Wo die Verhandlungen geführt werden, steht noch nicht fest. Bei der bedrohlichen Lage wird sich das Gesamtministerium mit der Angelegenheit beschäftigen. Denn unser Hausbrand wird in der Hauptsache vom Bornaer Revier versorgt, von wo wir fast ausschließlich unsere Breiherde bekommen. Bei den einzelnen Ministerien werden an den Verhandlungen beteiligt sein: das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium. Andererseits werden die Werkschlichter vertreten sein, die Arbeiterkommissionen und der Rat und Rat von Borna.

#### Beilegung des Konflikts im Bornaer Kohlengebiet.

Es wurde auf folgender Grundlage eine Einigung erzielt: die von dem Vorkomitee der Bergarbeiter am 13. Februar ausgeführten Wahlen für die Betriebsräte, die am 19. Februar stattfinden sollten, sollen nicht vorgenommen werden. An ihrer Stelle finden am 25. Februar die Wahlen für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse (Betriebsräte) statt, gemäß der Verordnung vom 18. Januar, wonach alle, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, wahlberechtigt sind, während nach den ursprünglichen Bestimmungen des Vorkomitees schon alle 18jährigen wählen können sollten. Aus diesen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen heraus kristallisieren sich die sog. Betriebsräte. Sie werden eine Dienstweisung von der Reichsregierung erhalten; eine entsprechende Verordnung ist für die nächsten Tage zu erwarten. Danach darf man hoffen, daß die Ruhe im Bornaer Gebiet nicht wieder gefährdet wird.

## Deutsches Reich.

**Berlin.** (Die neueste Streifblüte) Die letzte Streifblüte ist ein Ausmaß der Angelegenheiten der Kriegsgesellschaften, der am Dienstag ausgebrochen ist, obwohl die bekanntlich auf Reichsständen arbeitenden Kriegsgesellschaften ihren Angestellten bisher schon Gehälter gezahlt haben, die die sonst in der Industrie üblichen Gehälter erheblich übersteigen und dadurch erheblich zu den jetzt grassierenden unerschwinglichen Lohnforderungen beigetragen haben. Die Angestellten fordern, von anderem abgesehen, ein Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung, sogar über die Auflösung der betreffenden Kriegsgesellschaft. Auf Sympathien in der Öffentlichkeit wird gerade diese Streifbewegung nicht rechnen können, da es sich dabei durchgehend um Elemente handelt, die die allgemeine Konjunktur während des Krieges in vollem Umfange für sich ausgenutzt haben.

(Polenfundgebungen für Deutschland.) Gegen 700 polnisch sprechende Männer und Frauen aus dem Kreis Cösel (Ober-Schlesien) liegenden Dörfern Wieroslawitz, Kluminsdorf, Leuschütz, Wrebowitz und Posenfarb haben in zwei in Wieroslawitz u. Leuschütz am 14. Februar veranstalteten Versammlungen einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: „Wir wollen ungeschändet unsere Muttersprache gebrauchen und unsere Religion ausüben und wie bisher bei unserer schließlichen Heimat verbleiben. Wir erheben feierlich Einspruch gegen die von national-polnischer Seite unternommenen Versuche, Ober-Schlesien oder Teile davon dem neu zu gründenden polnischen Reiche einzuverleiben.“ Eine Entschlüsselung des Inhalts wurde in einer am 14. Februar 1919 in Woline (Kreis Oppeln) abgehaltenen Versammlung von 500 polnisch sprechenden Männern und Frauen gefaßt. Darin erklären die Teilnehmer zum Schluß, daß sie allein in dem Verbleib bei Deutschland die Gewähr für die Aufrechterhaltung ihrer Kultur erblicken.

(Trot Drohungen der Spartakisten) die Bergwerke zu sabotieren, ist die Reichsregierung fest entschlossen, im Ruhrrevier Ordnung zu schaffen. Sie hat deshalb eine Brigade nach Münster beordert u. wird weitere Truppenbewegungen folgen lassen. In zwischendiger Stelle beurteilt man die Lage als durchaus günstig. Die Spartakisten haben im Ruhrrevier keine Vorteile errungen, sondern sind im Gegenteil zurückgedrängt worden. Der allgemeine Mißstand ist von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Wie sehr die Arbeiter unter diesem Terror zu leiden haben, beweist unter anderem der Umstand, daß in einer Belegschaftsversammlung der Zeche Engelsburg, wie der „Volks-Anz.“ meldet, von 12000 Mann in 4 Be-

mer Abstimmung nur zehn für den Streik gestimmt ansararbeiten. Der Vertrag wird Ende der Woche fertig gestellt. Die neuen Bedingungen werden den Bestand des Heeres und den Umfang der zulässigen Rüstung an Waffen und Munition festlegen.

(Die Entwaffnung Deutschlands.) Nach der Rückkehr des Marschalls Koch aus Trier wird unter seinem Vorsitz eine Kommission von 8 Mitgliedern den endgültigen Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland haben. Selbst in Camborn, ist die Mehrzahl der Arbeiter gegen den Streik. Eine Konferenz von Vertretern der politischen Arbeiterparteien, der Arbeiterorganisationen und der Arbeiter- und Soldatenräte in Essen wandte sich besonders scharf gegen den Streik. Was zu stürmischen Gegenkundgebungen der Spartakisten führte, so daß es fast zu schweren Zusammenstößen gekommen wäre. Bei den Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Spartakisten hatten diese über 2, die Regierungstruppen dagegen zusammen nur 4 Tote.

(Zu dem Tode des Leutnants Partenheimer.) und seiner Leute, die bei den Kämpfen um Bromberg gefallen sind, wird von Augenzeugen geschrieben: Die Kompanie des Leutnants Partenheimer hatte den Inhaber Bahnhof in Berlin verteidigt u. war dann zur Front gefaßt worden. Von den 120 Mann sind nur 17 Mann übrig geblieben. Selbst die beiden Schwestern sind tot. Eine nahm der Karabiner des gefallenen Leutnants Partenheimer mit den Worten: „Wo unser Leutnant geblieben ist, da bleibe ich auch.“ Wenige Minuten später starb auch sie am Helmentod. Die andere Schwester wurde von den Polen ergriffen, völlig entkleidet in den Schnee gejagt und hinterläßt erschossen.

(Das Lebensmittelabkommen mit der Entente.) Ueber die letzten Verhandlungen in Spa und Trier, betreffend die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, teilt der Vorsitzende der deutschen Kommission für Lebensmittelleistungen, Unterstaatssekretär v. Braun u. a. folgendes mit: Die neuen Abmachungen haben eine weitere Lebensmittelleistung von 235000 T. zum Preise von ungefähr 11 1/2 Millionen Pfund Sterling nach dem heutigen Kurs rund 400 Millionen Mark zur Folge. Die Finanzierung dieses Abkommens beschäftigt zur Zeit Reichschatamt, Reichsbank, und die beteiligten Kreise. Nach Brauns Mitteilung können wir die Zahlungsmittel nur durch Aufhebung der ausländischen Werte und durch eine möglichst gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen und Waren beschaffen. Hierfür stehen Kali, Holz und Maschinen zur Verfügung. Die Regierung plant den Erlaß einer Verordnung, wonach es ihr möglich ist, die im Privatbesitz befindlichen ausländischen Wertpapiere zu beschlagnahmen.

## Aus Nah und Fern.

**Lichtenstein, 20. Februar.**

(Die sogenannte Sommerzeit) wird auch in diesem Jahre wieder eingeführt werden. Sie beginnt am 14. April vormittags 2 Uhr und endet am 15. September vormittags 3 Uhr.

(Das Sachsenland ruft!) Während unserer Bürger von keinem größeren Sachsen durch Anschlag deutscher Stämme trümen, sind Deutschlands Feinde an Werte, das Vaterland zu verfeindern. Noch ehe der Friedenskongreß entschieden hat, will man Teile unseres Vaterlandes gewaltsam von uns trennen, will man unsere Grenzen durchbrechen und uns mit neuem Krieg überziehen. Wir Sachsen aber wollen den Frieden! Wollen Ruhe und feste Entwicklungsmöglichkeit für alle! Deshalb ruft unsere Regierung die Sachsen zur Verteidigung des Heimatlandes auf. Freiwillige werden gesucht, solche, die bereit und fähig sind, mit der Waffe in der Hand jeden Eindringling zurückzuweisen. Freiwillige vor! Hört auf Sachsens Ruf! Das Vaterland wird es euch danken!

(Rechtsrechtliche Regelung der Kriegsbeschädigten- und der Kriegshinterbliebenenfürsorge.) Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 8. Februar 1919 ist dem seit langer Zeit im Reichstag, in der Öffentlichkeit und besonders von den Verbänden der Kriegsbeschädigten gestellten Verlangen nach einer rechtsrechtlichen Ordnung der vorbeschriebenen Zweige der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge entsprochen worden. Die gesamte Organisation baut sich in drei Stufen auf. Die oberste Leitung für das Reichsgebiet liegt beim Reichsarbeitsamt, die unmittelbare, ausführende Tätigkeit bei den grundsätzlich für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde zu errichtenden amtlichen örtlichen Fürsorgestellen. Zwischen diesen sollen für jeden Bundesstaat amtliche „Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge“ gebildet werden. Auf jeder Stufe bestehen neben der die laufenden Geschäfte führenden Behörde Kollegien, denen grundsätzliche Entscheidungen, die Erledigung von Streit- oder Beschwerdefällen und die Verfügung über Spennocentmittel vorbehalten bleiben. Bei dem Reichsarbeitsamt erfüllt diese Aufgabe ein „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge“, der unter Zustimmung des Staatssekretärs bindende Grundsätze für die Handhabung der gesamten Fürsorge aufstellen kann, bei den Hauptfürsorgestellen und den örtlichen Fürsorgestellen werden Bezirke ein-

gerichtet. In den Körperschaften aller drei Stufen erhalten nach näherer Bestimmung der Verordnung Vertreter aller bedeutenderen Verbände von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Sitz und Stimme, in den Bezirken außerdem die Vertreter von Wirtschaftsverbänden der Unternehmer und Arbeitnehmer. Im Reichsausschuß wird für die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Kriegshinterbliebenenfürsorge je eine besondere Abteilung gebildet, in den Bezirken nur nach Bedarf. Die Verordnung bringt noch besonders zum Ausdruck, daß sie die bisherige Mitwirkung der freien Wohlfahrtspflege (an Kräften wie an Mitteln) sowie die der Bundesstaaten und der Selbstverwaltungskörperschaften nicht beseitigen oder auch nur einschränken will.

(M. W. M.) Keine Sondersozialisierung in Sachsen. In letzter Zeit sind in der sächsischen Presse Aufsätze erschienen, die einer allgemeinen Sozialisierung des gesamten sächsischen Wirtschaftslebens das Wort reden, unabhängig von den Sozialisierungen im Reiche. Die sächsische Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß sie diesen Bestrebungen fernsteht. Sie lehnt es insbesondere auch ab, daß von den Herren Dr. Neurath, Kraus und Schumann empfohlene Programm in der vorgeschlagenen Form zu dem ihrigen zu machen. Das Programm, das die Regierung der Volkshammer Sachsen vorzulegen gedenkt, ist wesentlich anders als die vorerwähnten Planungen. Soweit sächsische Unternehmen zur Sozialisierung reif sind, wird auch die sächsische Regierung nur im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit der Reichsregierung handeln.

(Verteilung von Reichstextilwaren in Sachsen.) Zur Verteilung größerer Bestände der in Sachsen lagernden Reichstextilwaren ist dieser Tage die sächsische Vermittlungsstelle für die Verteilung von Reichstextilwaren, G. m. b. H., mit dem Sitz in Dresden, Albrechtstraße 4, errichtet worden. Die gemeinnützig arbeitende Gesellschaft untersteht der Beaufsichtigung eines besonderen Revisions-Ausschusses, dem auch Vertreter der Arbeiterschaft und der Angestellten, sowie der Kreis-Hauptmannschaften angehören, sowie der Oberaufsicht des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums. Aufgabe der sächsischen Vermittlungsstelle ist es, die zur Verteilung der Reichstextil-Aktien-Gesellschaft freigegebenen Waren so schnell wie möglich der Großkonfektion, dem Handel, sowie den Konsumvereinen und dem Handwerk Sachsens und durch deren Vermittlung den sächsischen Verbrauchern zuzuführen. Die Zuweisung der Waren erfolgt ausschließlich an sächsische Fachverbände, Einkaufsgenossenschaften des Schneiderhandwerks und sonstige Berufsorganisationen. Firmen des Großhandels und der Konfektion, die keinem Fachverbande angegeschlossen sind, werden von der Vermittlungsstelle auf Antrag einem solchen zur Belieferung zugewiesen. Einzelhandelsfirmen und Handwerker, die nicht Mitglieder einer Einkaufsgenossenschaft sind, haben sich von ihren Großhandelsfirmen und von der Konfektion beliefern zu lassen. Die Zuweisung der Waren durch die Vermittlungsstelle an die Berufsorganisationen erfolgt erst nach Hinterlegung des Gegenwertes bei der Vermittlungsstelle.

(Die neue Eidesformel für die sächs. Truppen.) Die Vereidigung der Sicherheitstruppen erfolgte Mittwoch, nachm. 3 Uhr, im Schloßhofe zu Dresden durch den Volksbeauftragten Neuring als Minister für Militärwesen mit der folgenden neuen Eidesformel: „Ich schwöre nach reiflicher Ueberlegung, daß ich während meiner Zugehörigkeit zur Sicherheitstruppe der gegenwärtigen und jeder durch die Volkshammer des Freistaates Sachsen gestellten Regierung unbedingten Gehorsam leisten, Ruhe und Ordnung in meinem Dienste aufrecht erhalten, Untreue und Nachteil von ihr abwenden, sowie alle im Dienstvertrage eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen will.“

(Die 212. Infanterie-Division) macht die Angehörigen der in Nikolajew (Ukraine) befindlichen Truppenteile (Inf.-Reg. 415, 6, Batterie Fußartillerie-Reg. 279 und Feldlazarett 178) darauf aufmerksam, daß nach Mitteilung des Reichspostamtes, Feldpostabteilung, nach den mit der Entente getroffenen Vereinbarungen gebührenfreie offene Karten an die vorgenannten Truppen abgesandt werden können. Die Karten müssen neben der genauen Aufschrift des Empfängers die Unterschrift: „Gruppe Nikolajew über das Kabinetspostamt in Berlin C 2“ tragen.

(Rüsdorf.) (Wegen Verletzung zum Meide) wurde in Rüsdorf der bei einem Bäckermeister in Arbeit stehende 18jährige Bäckergehilfe E. aus Mülsen St. Jacob verhaftet, der in einem Alimentationsprozeß einen Zeugen zu einer falschen Aussage veranlaßt haben soll.

(Aue.) (Im Tode vereint.) Ein tragisches Geschick ereilte den Ortsrichter Louis Bretschneider. Am Montag entriß ihm der Tod seine Lebensgefährtin, die er lange Zeit während ihrer Krankheit pflegte. Einen Tag danach setzte ein Gehirnschlag auch seinem arbeitsreichen Leben ein Ende.

(Dresden.) (Im ehemaligen Traindepot) haben in den Jahren 1915 bis 1917 Durchstechereien stattgefunden, mit denen sich das hiesige Landgericht beschäftigt hat. Insbesondere waren verschiedene

Militärpersonen bestochen worden, die bereits vom Militärgericht verurteilt worden sind. Angeklagt waren der Kaufmann Karl Hentschel und der Handlungsgehilfe Richard Böhme. Der Hauptangeklagte Otto Hentschel ist geistig erkrankt, weshalb das Verfahren gegen ihn vorläufig wieder eingestellt worden ist. Otto Hentschel hatte durch den früheren Vorstand des Traindepots 12, Hauptmann Sachmann, größere Militärlieferungen überwiesen erhalten, wofür er ihm Zuwendungen, u. a. auch einen Betrag von über 1000 Mark, machte. Außerdem wurden Unregelmäßigkeiten bei der Lieferung festgestellt, z. B. wurden Bestellzettel nicht ausgefüllt und die Waren teilweise vor der Lieferung bezahlt. Ebenso wurden sie mehrfach zu teuer berechnet. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage andauern.

**Frankenberg.** (Die Holzdiebstähle) in den Wäldern der hiesigen Gegend haben so überhand genommen, daß ihnen nun mit aller Schärfe begegnet werden soll. Im hiesigen städtischen Litzelwald sind etwa 500 Bäume bis zu 25 Zentimeter Durchmesser abgefaßt und gestohlen worden. Der dadurch verursachte Schaden stellt sich auf 13 000 bis 15 000 Mk. Der Rat läßt jetzt selbst im Litzelwald unter möglicher Schonung des Landschaftsbildes Bäume pflanzen, um billiges Brennholz zu schaffen.

**Meerane.** (Fleisch- und Wurst-Beschlagnahme.) In einer hiesigen Rofschlächterei wurden durch den Arbeiter- und Soldatenrat mehrere Zentner Fleisch und Wurst beschlagnahmt, welche nach auswärts, besonders nach Leipzig verkauft worden waren. Fleisch und Wurst wurden zu einem angemessenen Preise an die Einwohnerschaft abgegeben.

**Meinsdorf.** (Diebstahl.) Aus der hiesigen „Tannmühle“ wurde in der Nacht zum Sonntag ein starkes Schwein aus dem Stalle gestohlen. Die Ermittlungen der Gendarmen sind im Gange.

**Olbernhau.** (Diamantene Hochzeit.) Der älteste Einwohner unserer Stadt, der im 98. Lebensjahre stehende frühere Feilenhauer Traugott Hunger, beging mit seiner Gattin das Fest der diamantenen Hochzeit. Das Jubelpaar stiftete aus diesem Anlasse der hiesigen Kirche 1000 Mk.

**Plauen.** (Der Umbau des oberen Bahnhofes Plauen), der sich schon vor einer Reihe von Jahren als dringend notwendig erwiesen hat, ist vor kurzem eingeleitet worden. Um die Ausführung des zweiten Teiles der zu vergebenden Arbeiten (Erdb-, Fels- und Schleusenarbeiten, sowie Ausführung von Stützmauern) sind 24 Bewerbungen eingegangen. Unter den Bewerbern befinden sich auch sechs Chemnitzer Firmen. Die Angebote schwanken zwischen 354 000 Mark und 1 072 000 Mark. Zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Angebot besteht also ein Unterschied von 718 000 Mark.

**Rohwein.** (Wegen Kohlenmangel) wurde die hiesige Bürgerschule bis auf weiteres für den Unterricht geschlossen.

**Zschorlau.** (Ein neues Bergwerksunternehmen.) Die bekannte Berliner Kriegsmetallaktiengesellschaft hat auch in hiesiger Gegend ein großes Bergwerksunternehmen begonnen, das unter dem Namen Zschorlauer Wolfstramgruben eine ansehnliche Zahl Arbeiter und darunter auch einen Teil der hiesigen Erwerbslosen beschäftigt.

**Zittau.** (Beim Kodeln tödlich verunglückt) ist der Kassenbote Kurt Schönig aus Zittau. Er versuchte mit dem 16jährigen Sohn des Schuhmachermeisters Wittner vom Hochwald nach Döbzin zu rodeln. Noch vor der ersten Kurve geriet der Schlitten aus der Bahn und prallte gegen ein

Hindernis, wobei Schönig so schwere innere Verletzungen davontrug, daß er noch auf dem Transport nach dem Forsthaus Hain starb. Er stand im 37. Lebensjahr, war verheiratet und Vater eines Kindes. — (Drei Militärpferde gestohlen) wurden in Eckartsberg bei der dort einquartierten Grenzschutz-Batterie.

## Vermischtes.

Die Saale-Esperre. Der „Bismarcker Kreisanzeiger“ schreibt: In den nächsten Tagen werden Vertreter der Firma Beiß und Vertreter des preussischen Staates zu einer Konferenz in der Saale-Esperre-Angelegenheit zusammenkommen, um zu beraten, wer von beiden Konkurrenten den Bau der mächtigen Anlagen zur Ausführung bringen wird, ob Beiß oder der Staat oder ob gemeinschaftlich gebaut werden kann. Der Staat plant bekanntlich bei Hohenwarte die Errichtung einer Großwehre, deren Stauee bei höchster Füllung des Beckens dem Wasserstand des Weidemannschen Wehres gleich sein würde. Die Ansicht des Staates ist, in wasserarmen Zeiten der Elbe bzw. dem geplanten Mittelland Kanal von dieser Sperre aus so viel Wasser zuzuführen, daß sich die Schifffahrt weiter ermöglichen läßt.

Auffindung ungeheurer Minenfelder in der Nordsee. Von der norwegischen Schifffahrt ist, wie berichtet wird, in der Nordsee ein Minenfeld von gewaltiger Größe aufgefunden worden. Es zieht sich von der norwegischen Nordküste über das Meer nach Nordschottland und den Orkney-Inseln hin, die es vollständig verperrt, so daß eine Annäherung an den Pentland-Kanal und die Inseln von der Ostseite her unmöglich ist. Dieser Gürtel von Seeminen ist über einen Raum von etwa 15 dänischen Meilen verteilt, wodurch die norwegisch-englische Schifffahrt in diesem Teil der Nordsee vollständig ausgeschlossen ist. Es handelt sich um einen Schutzgürtel vor den Orkney-Inseln, der von englischer Seite zur Sicherung der während des Krieges dort verborgen gehaltenen englischen Flotte gegen deutsche Angriffe gedacht worden ist und der gleichzeitig den englisch-russischen Verkehr nördlich dieser Sperre ermöglichen sollte.

Begnadigung der Modistin Sobel. Vor etwa zehn Jahren erschloß die Modistin Sobel aus Berlin aus Eifersucht die Opernsängerin Bartha in deren Wohnung in Rostock. Die Sobel, die behauptete, sie habe die Bartha nicht töten, vielmehr nur ihrer Stimme berauben wollen, wurde vom Schwurgericht in Güstrow des Mordes für schuldig erkannt und zum Tode verurteilt. Diese Strafe ist gradenweise in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden, die in Dreizehnen verbißt wird. Jetzt hat das preussische Justizministerium im Gnadenwege die Entlassung der Gefangenen angedeutet. Die Entlassung soll erfolgen, sobald für das Fortkommen der Begnadigten einigermaßen Gewähr gegeben ist. Seinerzeit hielt man das Urteil für zu streng. Die Angeklagte war eine erblich schwer belastete Person, der jeder sittliche Halt fehlte.

Ein Bediensteter ermordet. Der Bureaubeamte Otto Kohnmann von der Zeche Fürst Leopold in Herbst-Dorsten ist auf offener Straße erschossen worden. Man nimmt an, daß Kohnmann, der in der letzten Zeit häufig von den Spartakisten verhaftet und wiederholt als Geiseln behandelt wurde, das Opfer eines Attentates geworden ist.

Geplante Flugpost Berlin-Hamburg. Für die nächste Zeit ist die Errichtung einer

Flugpost von Berlin nach Hamburg geplant, da die günstige Erfahrung der Postverbindung nach Weimar zu einer Ausdehnung des Flugpostsystems geführt hat. Auf der Strecke Berlin-Weimar ist eine Zwischenlandung in Leipzig in Aussicht genommen.

## Bankhaus Bayer & Heinze,

Lichtenstein-Callenberg,

Badergasse 6

Hauptgeschäft Chemnitz, Schwesterfiliale Barmstedt.

Provisionsfreie Scheckrechnungen zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

## Eingelandt

Unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preisgünstigste Verantwortung.

„Die Vereinigung erster Bibelforscher“ betreffend sind uns folgende Zeilen zur Aufklärung des Publikums zur Verfügung gestellt worden:

Diese Leute mit dem schönen Namen sind eine von den Adventisten abgeplitterte Sekte, deutlich genannt „Russellianer“ oder „Millenniumsadvocaten“. Sie geben zwar vor, keine Sekte zu sein, sondern „ein völlig zwangloser Zusammenschluß christlich gesinnter Männer und Frauen zur Erlangung tieferer Erkenntnis der in der Bibel geoffenbarten göttlichen Wahrheiten“. Aber unter diesem Deckmantel bringen sie aufregende und gefährliche Irrlehren unter das Volk. Wiewohl alles aus der Bibel geschöpft sein soll, weichen sie in der Tat an entscheidenden Punkten von den Lehren der Bibel ab und erweisen sich vielfach als recht oberflächliche Bibelforscher. Ihre „Beweise“ kommen oft nur zustande durch eine geradezu schrecklich willkürliche Umdeutung und Vergeometrierung der heiligen Schrift. Ihr Gründer, der amerikanische Professor Russell, gibt vor, den einzig wahren „Schlüssel“ zur Bibel gefunden zu haben, und behauptet auf Grund abenteuerlicher Zahlenbeweise, daß das 1000jährige Friedensreich Christi (Millennium) im Oktober 1914 begonnen habe; daß Christus seit 1874 unsichtbar auf Erden gegenwärtig sei, seit 1878 als Herrscher. Im April 1878 sei die Auferstehung der Gläubigen im Himmel geschehen. Im Oktober 1914, wenn der „Tag der Rache“ fällig sei, trete Christus sichtbar als Herrscher auf. Die Russellianer leugnen die Unsterblichkeit der Seele, und „die Hölle“ (das ist so eine von den „angenehmen Ueberraschungen“), behaupten, daß Christus ein Geschöpf und nicht leiblich auferstanden sei; das auch der heilige Geist nicht göttlichen Wesens sei, und daß der Mensch in der Hauptsache seine Rechtfertigung selbst bewerkstellige; daß der Mensch sterbe wie das Tier. Sie haben in Barmen einen Verlag, zuerst „Wachturm-Bibel und Traktatgesellschaft“ genannt. Neuerdings heißt er „Vereinigung erster Bibelforscher, Bibelhaus Barmen“. Ihre Flugblätter sind besonders „Die Volksanzel“ und „Der Schriftforscher“. Sie verstehen es, die Neugierde nach der Zukunft auf Erden und im Jenseits zu wecken und ihr zu schmeicheln, und wissen alles ganz genau. Dabei sind sie voll Verachtung über unsere Kirche. Da das Jahr 1914 eine große Rolle in ihren Berechnungen spielt, fallen jetzt viele darauf hinein. Und da sie den völligen Zusammenbruch der Kirche vor der Tür glauben durch die Revolutionen, meinen sie die Zeit gekommen, recht viele zu sich herüberziehen zu können. Wer seine Bibel wirklich kennt, ist gegen die unbilligen Lehren der „Ersten Bibelforscher“ gewappnet und läßt sich nicht mehr bewegen und wiegen von allerlei Wind der Lehre durch Schalkheit der Menschen und Täuscherei, damit sie uns erschleichen, zu verführen“ (Epheser 4, 14). Am besten bleiben unsere gläubigen und kirchlich gesinnten Gemeindeglieder solchen Vorträgen fern. Sonst könnte manch ungeselliges Herz nur in heilloser Verwirrung, statt Klarheit geraten. Ein gewisses Maß des Wissens über die Entwicklung des Schicksals der Nationen und des Reiches Gottes und kommende Erfüllung prophetischer Voraussetzungen ist jetzt ja wohl möglich und sogar nötig. Aber das kann innerhalb der Landeskirche immer noch in genügender und dabei dem eigentlichen Geist der Bibel viel mehr entsprechend nützlicher Weise gefunden werden.

**K-L. Billetts**  
zu dem Pracht-Film:  
„Das Himmels-Schiff!“  
sind noch für jeden Tag und Stunde zu haben.  
Für auswärtige Besucher werden eine Anzahl reservieren.  
Rudolf Käffig.

**ff. Fisch-Rogen**  
frisch angekommen und empfiehlt bestens  
Carl Reinheckel.

## Holzschuhe.

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den gangbarsten Männer- und Frauengrößen, 1,90 Mark pro Paar. Höchstverkaufspreis 7,35 Mark pro Paar. Musterendung (große Bahnsendung, fortsetzt in den gangbarsten Größen Herren- und Frauenschuhe), zu 75 — Mark franko nur gegen vorherige Einsendung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Adresse und für Bahnsendungen Angabe der Güterstation wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Versand gestattet.

Holzschuh-Fabrik Wimbach  
(Rheinspitz)

## Verein der Bäcker- und Fleischer-Gesellen

Lichtenstein-C. und Umgeb. ladet sämtliche Kollegen zu einer Besprechung heute Freitag, den 21. Februar abends 7/9 Uhr nach dem Restaurant „Burgkeller“ ergebenst ein.

## Postmaterial

als: Posthaare, Fiber, Berg, Afrique usw., kleine und große Posten, kauft gegen sofortige Kasse Möbelhaus Anton Pokorny, Lichtenstein.

## Gummi-Unterlagen

eingetroffen bei Karl Coldig, Lichtenstein.

## Saatgerste

verkauft gegen Saat-Karte Eduard Illing, Bernsdorf.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung so zahlreich dargebrachten Aufmerksamkeiten und Geschenke sagen wir nur hierdurch herzlichsten Dank.

Lichtenstein, den 20. Februar 1919.  
Hermann Walther und Frau  
Frieda verw. gew. Lommatzsch geb. Schwalbe.

Dienstag nachmittag verschied sanft, nach längerem, in Geduld ertragenem Leiden meine liebe Gattin, unsere gute, treusorgende Mutter, Tochter und Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

## Hulda Gerber

geb. Rudolph,  
in ihrem 33. Lebensjahre.  
In tiefem Weh:  
Richard Gerber und Kinder  
nebst übrigen Hinterbliebenen.  
Marienau, den 20. Februar 1919.  
Die Beerdigung der teuren Entschlafenen erfolgt Freitag nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause aus.